Bundesjugendkuratorium

ZWISCHENRUF

DIE ANLIEGEN JUNGER MENSCHEN MÜSSEN POLITISCHES GEWICHT BEKOMMEN

Die aktuellen Proteste vieler junger Menschen dürften eigentlich niemanden überraschen. Ihre Themen und zentralen Forderungen (mehr Investitionen in Bildung, bezahlbares Leben, wirksame Mitbestimmung und Klimaschutz) sind seit Langem bekannt. Dass sie aktuell dennoch vielfach auf Verwunderung stoßen, verweist auf ein grundlegendes Problem. Die Lebenslagen und Perspektiven junger Menschen finden in gesellschaftlichen und politischen Debatten noch immer zu wenig Beachtung und Berücksichtigung.

UNSERE BOTSCHAFT

> Das Bundesjugendkuratorium als zentrales Beratungsgremium der Bundesregierung in der Kinder- und Jugendpolitik betont die ressortübergreifende Verantwortung gegenüber der jungen Generation und empfiehlt nachdrücklich, Kinder- und Jugendpolitik anhand der Bedarfe und Interessen junger Menschen neu auszurichten. Es fordert die Bundesregierung und die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen auf, die Anliegen junger Menschen zu hören, ernst zu nehmen und verbindlicher in politische Entscheidungen einzubeziehen.

Der Nationale Kinder- und Jugendgipfel Anfang Dezember in Bonn ist ein wichtiger Schritt. Wirkung entfaltet er aber nur, wenn daraus konkretes politisches Handeln folgt und junge Menschen nachhaltig an demokratischen Prozessen beteiligt werden. Das heißt, dass Kinder und Jugendliche bei allen relevanten Entscheidungen zu berücksichtigen sind.

KINDER UND JUGENDLICHE SIND NICHT ERST BÜRGER*INNEN VON MORGEN

Es gibt nicht „die" Gen Z, so wenig wie es „die" Jugend gibt. Lebenslagen, Erfahrungen und politische Positionen unterscheiden sich unter Kindern und Jugendlichen erheblich, auch nach Alter, Geschlecht, Herkunft und Region. Gerade deshalb reicht es nicht, über junge Menschen zu sprechen. Es braucht den Dialog mit ihnen, über ihre unterschiedlichen Bedürfnisse und die Themen, die sie bewegen. Dieser Dialog muss in den Sozialräumen und Bildungsinstitutionen der Kinder und Jugendlichen beginnen und gezielt auch jene erreichen, die sich bislang kaum angesprochen fühlen.

Die aktuellen Proteste machen auch ein grundlegendes Spannungsverhältnis sichtbar. Obwohl junge Menschen von politischen Entscheidungen in besonderer Weise betroffen sind, werden ihre Interessen häufig nachrangig behandelt, und angesichts des demografischen Wandels bleibt ihr Einfluss begrenzt. Als relevante demokratische Akteur*innen werden sie nicht ausreichend wahrgenommen, obwohl sie es sind, die Gesellschaft, Wirtschaft und Politik künftig tragen werden. Ihr Vertrauen in demokratische Institutionen muss gestärkt werden, indem die Interessen junger Menschen nicht nur gehört werden, sondern politische Entscheidungen wirksam beeinflussen.

Junge Menschen haben das Recht, ihre Interessen öffentlich zu vertreten, Kritik zu üben und für ihre Rechte einzutreten. Friedliche Proteste sind ein demokratisch legitimer Weg, Interessen und Anliegen zum Ausdruck zu

bringen und sollten nicht schon im Vorfeld als Bedrohung der öffentlichen Sicherheit kritisiert und abgewertet werden. Sie sind vielmehr ein Auftrag an die Politik, ihre Entscheidungsprozesse und Prioritäten kritisch zu überprüfen. Gewalttaten oder eine Unterwanderung der Proteste durch extremistische Gruppen lehnt das Bundesjugendkuratorium ab.

BETEILIGUNG BRAUCHT VERBINDLICHKEIT

Demokratie wird niemandem in die Wiege gelegt. Kinder werden nicht als Demokrat*innen geboren, sie müssen Demokratie erleben und lernen, von Anfang an. Es liegt in der Verantwortung der Erwachsenen, verbindliche und strukturell abgesicherte Einflussmöglichkeiten zu schaffen. Punktuelle Dialogangebote und konsultative Formate reichen nicht aus – Erwachsene müssen Macht abgeben und jungen Menschen echte Entscheidungsräume zugestehen.

> Beteiligung darf nicht dort enden, wo politische Verhandlungen beginnen. Junge Menschen müssen frühzeitig in Entscheidungsprozesse einbezogen, ihre Vorschläge erkennbar berücksichtigt und Entscheidungen nachvollziehbar begründet werden.

Wo Anliegen nicht aufgegriffen werden, haben sie Anspruch auf eine transparente Rückmeldung. Darüber hinaus braucht es für sie eigene Entscheidungsräume, wie sie an einigen Orten bereits gelebt werden – etwa mit kommunalen Jugendbudgets oder Kinder- und Jugendbürgermeister*innen.

Junge Menschen nicht zu beteiligen, gefährdet die Demokratie. Laut der Leipziger Autoritarismus-Studie 2026[1] wachsen autoritäre Sehnsüchte nicht nur dort, wo Menschen Demokratie ablehnen, sondern auch dort, wo ihre sozialen Erfahrungen und Zukunftsängste nicht ernst genommen werden, sie keine Wirksamkeit in demokratischen Prozessen erleben und sich wegen mangelnder Handlungsfähigkeit der Demokratie enttäuscht fühlen. Auch die Längsschnittstudie EPKO[2] zeigt, dass politisches Wissen im Jugendalter wächst, die Überzeugung der jungen Menschen von der Responsivität der Politik jedoch aktuell sinkt.

KINDER– UND JUGENDPOLITIK MUSS POLITISCHE PRIORITÄT ERHALTEN

Junge Menschen erleben, dass ihre Bildungs- und Teilhabechancen von sozialer Herkunft und Wohnort abhängen, dass Unterstützungsleistungen und soziale Infrastruktur wegbrechen und dass ihre Interessen bei Entscheidungen wenig zählen. Ihre Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen, geraten zunehmend unter Druck.

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen lassen sich durch politische Bekenntnisse allein nicht verwirklichen. Sie setzen verlässliche materielle Absicherung, eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur sowie zugängliche demokratische Bildungs-, Erfahrungs- und Beteiligungsräume und eine Kommunikation auf Augenhöhe voraus. Kinder und Jugendliche sind Bürger*innen mit eigenen Rechten – heute und jederzeit. Ihre Perspektiven müssen ein zentraler Ausgangspunkt und Maßstab politischen Handelns sein und von ihnen selbst demokratisch vertreten werden.

[1] Oliver Decker/Ayline Heller/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hg.) (2026): Der aufhaltsame Aufstieg des Autoritären. Sehnsucht nach Vergangenem und Erlösung durch Zerstörung. Gießen

[2] Pascal Alscher/Ulrich Ludewig/Nele McElvany (2026): Kurzbericht. Tuesdays for Education – Politische Bildung: Wie entwickeln sich Kompetenzen für politische und gesellschaftliche Teilhabe im Jugendalter? Auf Basis der Studie zur Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Kompetenzen im Jugendalter (EPKO). Dortmund

DAS BUNDESJUGENDKURATORIUM

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) ist ein von der Bundesregierung eingesetztes Sachverständigengremium. Es berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik. Dem BJK gehören bis zu 15 Sachverständige aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Wissenschaft an. Die Mitglieder werden durch die Bundesministerin/den Bundesminister für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Dauer der laufenden Legislaturperiode berufen.

BJK
Bundesjugendkuratorium

Gefördert vom

Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

MITGLIEDER DES BJK

VORSTAND

Prof. Dr. Ivo Züchner

Enrico Birkner

Claudia Völcker

MITGLIEDER

Prof. Dr. Yvonne Anders

Peggy Eckert

Prof. Dr. Fabian Hofmann

Prof. Dr. Nina Kolleck

Prof. Dr. Nele McElvany

Christian Patzelt

Daniel Poli

Prof. Dr. Elisabeth Richter

Matthias Selle

Petra Spoo-Ludwig

Daniel Thomsen

Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan

ARBEITSSTELLE KINDER- UND JUGENDPOLITIK, MÜNCHEN

Dr. Pia Jaeger
Leitung Arbeitsstelle
Kinder- und Jugendpolitik

Sofie Jokerst
Wissenschaftliche Referentin

Dr. Max Reinhardt
Wissenschaftlicher Referent

IMPRESSUM